

## **HAUKE JAGAU**

### **Vorstellungsrede zur Wahl als SPD-Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten der Region Hannover**

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

Herzlich willkommen hier im Wal. Ich finde, es ist ein guter Standort für unseren heutigen Parteitag. Er verkörpert Weltoffenheit, Herzlichkeit, Lebensfreude, Zukunftsmodelle und Zukunftsvisionen gleichermaßen, denn hier fand die EXPO statt. Eine hervorragende Mischung aus Fühlen, Erleben und dem Gewinn neuer Erkenntnisse.

Anrede

Ich bewerbe mich heute um die Kandidatur für das Amt des Regionspräsidenten in der SPD. Es ist aber nicht das erste Mal, dass ich seit dem Vorschlag des SPD-Regionsvorstandes für meine Nominierung über dieses Thema rede. Ich habe in den letzten Wochen bei ca. 30 Terminen unterschiedlichster Art und mit vielen Menschen über ihre Region Hannover gesprochen. Ich bin nach jedem dieser Termine oft mit neuen Anregungen und Ideen und zufrieden nach Hause gefahren. Das lag an den Menschen, mit denen ich zusammen war.

Das Spektrum reichte von einer Begegnung in einem Altenpflegeheim, in Universitätseinrichtungen, einem Projekt „Soziale Stadt“ in Mittelfeld, Diskussionen mit SPD-Ortsvereinen bis hin zu Firmenbesuchen. Und alle die Menschen, die ich getroffen habe, hatten etwas gemeinsam. Sie sind engagiert für ihre jeweilige Sache.

Der Geschäftsführer, der gemeinsam mit dem Betriebsrat um Konzepte ringt, die den Standort in der Region sichern, einerseits oder die Altenpflegerin, die sich Sorge macht, wie wenig Zeit ihr für persönliche Kontakte zu den zu betreuenden Menschen bleibt.

Und ich bin deshalb zufrieden nach Hause gefahren, weil ich das Gefühl hatte, hier sind Menschen, die das gleiche Ziel haben wie ich.

**Das Ziel, die Region Hannover als attraktiven Lebensraum zu stärken und auszubauen.**

Dabei geht es nicht um ein abstraktes Ziel, sondern

- es geht um die Lebensperspektive und die Lebenssituation unserer Menschen,

- es geht darum, die Entwicklungschancen, die Stärken, die unsere Region zu bieten hat, so auszunutzen, **dass wir das Zentrum einer europäischen Metropolregion werden.**

Eines der Themen, die uns über die nächsten Jahrzehnte beschäftigen werden, ist die demografische Entwicklung. Die Bevölkerung wird älter und sie wird – in manchen Regionen schon heute, bei uns erst später – abnehmen. Die Alterung der Bevölkerung ist übrigens keineswegs ein neues Phänomen. Schon seit Ende des zweiten Weltkrieges steigt die Lebenserwartung in Deutschland – und das ist ja auch gut so. 1950 wurden die Deutschen im Durchschnitt 68 Jahre alt, heute sind es 78 Jahre. Damals mussten sieben Erwerbsfähige einen Rentner versorgen, heute sind es nur noch vier. Trotzdem hat die heutige Rentnergeneration einen höheren Lebensstandard als alle anderen Rentnergenerationen davor. Dass das funktioniert hat, hat einen einfachen Grund: Die heute Erwerbstätigen sind qualifizierter und produktiver als jemals zuvor. Deshalb halte ich nichts von Horrorszenarien, mit denen die demografische Entwicklung gegenwärtig – insbesondere gegen den Sozialstaat – instrumentalisiert wird. Und ich finde es obendrein geschmacklos, ältere Menschen als „Rentnerschwemme“ zu verunglimpfen. Wie viel Wohlstand eine Gesellschaft zu verteilen hat, das hängt nicht von der Zahl ihrer Rentner ab, sondern in erster Linie von ihrer Produktivität und Leistungsfähigkeit – also letztlich davon, was sie in junge Menschen, in Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung investiert. Und deshalb müssen wir genau hier einen Schwerpunkt setzen.

Wenn wir in Deutschland heute eine niedrigere Geburtenrate haben als in europäischen Nachbarstaaten, dann hängt das in erster Linie mit der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Insbesondere Akademikerinnen bleiben häufig kinderlos, müssen sich zwischen Beruf und Familie entscheiden. Solange wir diese Kultur in Deutschland nicht grundlegend ändern und neue Angebote für die Kinderbetreuung wie flächendeckende Ganztagschulen schaffen, werden wir auch am Grundtatbestand nichts ändern. Obwohl jeder das weiß, passiert bislang erstaunlich wenig.

Wir wissen aus zahlreichen Untersuchungen, dass auch in der Region Hannover das Bevölkerungswachstum nicht mehr durch Geburten, sondern durch Zuzüge entstanden ist und dass damit zu rechnen ist, dass ca. ab 2012 bis 2015 die Zahl der Regionsbewohner sinkt.

Eine deutlich geringere Bevölkerung in der Region Hannover hätte zur Folge, dass wir an vielen Stellen Probleme bekämen, die Infrastruktureinrichtungen aufrecht zu erhalten. Zum Teil ist es heute schon so, dass die Gemeinden kleine Grundschulen schließen müssen, weil nicht mehr genügend Kinder da sind. Wir hätten Probleme, die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs aufrecht zu erhalten, wenn es weniger Nutzer gibt. Die sinkenden Einnahmen würden die ohnehin finanziell schwach ausgestalteten öffentlichen Haushalte weiter belasten.

Die Region Hannover ist auf eine solche Entwicklung besser vorbereitet als andere Regionen. Wir haben über Jahre auch gegen Widerstände darum gekämpft, dass wir eine kompakte und vorausschauende Siedlungsentwicklung betreiben. Deshalb werden wir sinkende Bevölkerungszahlen besser verkraften und eine bessere Qualität der öffentlichen Infrastruktur vorhalten können als andere. Wir müssen aber alles daran setzen, dass wir als Lebensraum attraktiv bleiben, um Zuzugsgebiet zu bleiben und so wenig wie möglich zuschrumpfen.

Deshalb geht es bei der Forderung, die Region Hannover zum Zentrum einer europäischen Metropolregion zu machen, nicht um Selbstbeweihräucherung oder den Wunsch, wichtig zu sein. Nein, es geht darum, Zukunft für den Lebens- und Arbeitsraum Region Hannover optimal zu gestalten.

Das bedeutet im Einzelnen:

**Erstens:**

Wir müssen die in eigener Zuständigkeit liegenden Aufgaben optimal entwickeln und steuern. Das bedeutet zum Beispiel,

- dafür zu sorgen, dass die einmalige Verkehrsinfrastruktur, die die weltweit größten Messen am Standort Hannover möglich macht, erhalten und weiter optimiert wird,
- darauf einzuwirken, dass die hervorragende Hochschullandschaft Hannovers mit ihren Studieneinrichtungen nicht weiter durch diese Landesregierung geschwächt wird,
- die guten Naherholungs- und Freizeitangebote besser zu vermarkten und da, wo es für einen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg nötig ist, Lösungen für den Ausbau zu finden,
- in der Regionalen Raumplanung auf Nachhaltigkeit zu setzen und Anreize für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu geben,
- sicherzustellen, dass die von der Regionsversammlung und der Regionsverwaltung unter Federführung von Michael Arndt hervorragend gemeinsam mit der Landeshauptstadt eingeführte Initiative „hannover-impuls“ erfolgreich fortgesetzt wird.

Ich möchte an dieser Stelle allen dafür danken, die sich für „hannover impuls“ einsetzen, weil ich überzeugt bin, dass es der richtige Weg ist, Schwerpunkte zu bilden und diese dann konsequent zu verfolgen.

Die Region Hannover kann nicht in allen Wirtschaftsbranchen an der Spitze stehen. Aber es gibt viele Felder, in denen wir schon heute Spitzenleistungen erbringen und in denen sich in den nächsten Jahren noch sehr viel entwickeln kann. Dies sind Felder wie

- Automobil-Mobilität
- Gesundheit und Biotechnologie
- Informations- und Kommunikationswirtschaft
- Klimaschutz/Energie
- Lasertechnologie und Produktionstechnik

Voraussetzung dafür ist, dass Unternehmen und Hochschulen in der Region – und wir haben exzellente Hochschulen hier – gemeinsam und zielgerichtet an innovativen Problemlösungen arbeiten.

Als Beispiel für die erfolgreiche Arbeit möchte ich hier nur den Bereich der Lasertechnologie und der Produktionstechnik nennen. Aufgrund der Forschungs- und Qualitätsangebote, die über „hannover impuls“ in die Wirtschaft vermittelt wurden, ist es gelungen, im Dezember Hanomag/ Komatsu davon zu überzeugen, sein europäisches Entwicklungszentrum hier am Standort Hannover anzusiedeln, obwohl bereits ein anderer Ort vorgesehen war.

Und als zweites wichtiges Beispiel der Aktivitäten von „hannover impuls“ möchte ich die Initiative „plug & work“ nennen. Dieser Ansiedlungswettbewerb ist ein Erfolgsmodell. Im letzten Jahr wurden rund 30 junge Betriebe der Informations- und Kommunikationswirtschaft hier in direkter Nachbarschaft an der EXPO-Plaza angesiedelt. Die meisten davon haben Fuß gefasst und sich sehr gut entwickelt. Dieser Tage läuft der nächste „plug & work“-Wettbewerb an, so dass wir im Herbst dieses Jahres die nächsten Betriebe hier im EXPO Park begrüßen können. Das gleiche passiert zur Zeit auch im Umfeld des Produktionstechnischen Zentrums in Garbsen. Auch dort werden sich junge Betriebe niederlassen, um eng mit diesem führenden Forschungszentrum zusammenzuarbeiten.

Wir müssen alles daran setzen, dass die aus Forschungsergebnissen entstehenden Produktideen auch bei uns in der Region umgesetzt werden.

Wenn wir wissen, dass wir junge Menschen in der Region halten wollen, müssen wir verhindern, dass sie am Ende ihres Studiums nach Süddeutschland abwandern.

Deshalb unterstützte ich die Idee von Stephan Weil, eine Kampagne mit dem Titel „Study & stay“ zu starten, mit der wir junge Hochschulabsolventen an die Region binden wollen.

Wir müssen sicherstellen, dass sie die Produktideen aus ihren Forschungsergebnissen auch hier in der Region Hannover umsetzen. Sie auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. Damit die jungen Menschen hier bleiben, und auch hier Familien gründen. Wir brauchen die klugen Köpfe hier in der Region Hannover.

Hier hat hannover impuls bereits jetzt sehr gute Projekte ( z.B. BusinessplanLabor 05, oder eben plug & work) entwickelt. Diesen Weg gilt es weiterzugehen und dafür zu sorgen, dass die zarten Pflanzen weiter wachsen und gedeihen können.

Die angesprochenen Themen fallen in die Zuständigkeit der Politik der Regionsversammlung und des Regionspräsidenten. Ihre Initiierung und Steuerung ist unsere gemeinsame Aufgabe.

## **Zweitens:**

Wir müssen aber auch Jede und Jeden, die etwas in dieser Region tun wollen, unterstützen und Investitions- und Entwicklungshemmnisse abbauen. Alle, die in der Region Hannover investieren wollen, Arbeitsplätze schaffen wollen, müssen wissen, dass sie gern gesehen sind. Die Struktur und die Größe der Region wird es in der Regel möglich machen, einen geeigneten Standort zu finden, um wirtschaftliche, Wohnort- und Lebensqualitätsinteressen in einer vernünftigen Balance zu halten.

Es wird in erster Linie meine Aufgabe als Regionspräsident sein, sicherzustellen, dass sich diese Denkweise auch in der Verwaltung wiederfindet.

Ich will eine Verwaltung, die ihren Blickwinkel dahin richtet, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und nicht zusätzliche zu schaffen. Die nicht destruktiv Dinge einfach untersagt, sondern konstruktiv daran mitwirkt, dass man rechtskonform zu vernünftigen und finanzierbaren Lösungen findet. (Ich werde das Thema Verwaltungsreform später noch vertiefen). Ein Beispiel, wie das praktisch gehen kann: Sobald bei uns in Laatzen deutlich wird, dass sich ein Unternehmen ansiedeln oder räumlich verändern wird und es sich um ein Vorhaben handelt, das größeren Umfang hat, rufen wir eine Antragskonferenz mit allen Beteiligten, auch

dritten Behörden ein. So können wir sehr früh klären, welche Unterlagen, welche Gutachten usw. eingereicht werden müssen und worauf geachtet werden muss, um ein Vorhaben genehmigungsfähig zu machen. Dieser eine Termin macht sich später immer bezahlt, weil über eine bessere Abstimmung viel doppelte Arbeit und vor allem Zeit gespart werden kann.

Gemeinsam mit den Kommunen und ihren lokalen Wirtschaftsförderern müssen wir unser Augenmerk besonders auf die Handwerker und den Mittelstand richten, da dieser Gruppe oft die personellen und die zeitlichen Ressourcen fehlen, um sich den Hindernissen im Behördenschlingel auszusetzen und sie deshalb auf Investitionen oder Vergrößerungsmaßnahmen in ihren Betrieben verzichten. Ich habe nicht erst einmal den Gedanken gehört, ob eine Betriebserweiterung nicht gleich zu einer Standortverlagerung an einen anderen europäischen Orten mit weniger Bürokratie genutzt werden sollte.

Dem müssen wir deutlich entgegen treten, denn wir brauchen die Arbeitsplätze in der Region als Lebensgrundlage für die Menschen.

Denn es ist **Drittens** nach wie vor **unser wichtigstes Ziel, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen**. Mit Hartz IV sind grundlegend neue Strukturen für den Bereich des Arbeitslosengeldes II und der Sozialhilfe entstanden. Wir werden in den nächsten Monaten Erfahrungen mit der Arbeit in der ARGE sammeln und die Ursachen für die sehr unterschiedlichen Rückmeldungen aus den einzelnen Jobagenturen auswerten müssen. Wir müssen sicherstellen, dass es in der gesamten Region bedarfsgerechte Angebote für Fortbildung, Ausbildung und Wiedereingliederung gibt. Auf lange Sicht müssen wir erreichen, dass die zahlreichen Maßnahmeträger bedarfsorientiert ein qualitativ hochwertiges Angebot in der ganzen Region zur Verfügung stellen. Ob eine engere Zusammenarbeit, eine Fusion einzelner Träger oder die Gründung einer Regionalen Beschäftigungsgesellschaft sinnvoll sind, wird sich zeigen, wenn die ARGE auch einige Zeit inhaltlich arbeiten konnte.

Dass die ARGE zunächst ihren Schwerpunkt darauf legt, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen ist richtig, weil ihre Folgen so verheerend sind. Es gibt nichts schlimmeres für einen jungen Menschen als das Gefühl zu haben, dass er und seine Fähigkeiten in dieser Gesellschaft nicht gebraucht werden.

#### **Viertens:**

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird der Bereich Familie, Kinder, Jugend und Berufsausbildung sein. Auch in diesem Bereich muss

es eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der Region auf Grund der unterschiedlichen Zuständigkeiten geben.

Ich habe nicht grundsätzlich vor, etwas an den Zuständigkeiten zu verändern, will das Thema aber trotzdem ganzheitlich ansprechen, ohne bei jedem zweiten Halbsatz jeweils auf die Zuständigen hinzuweisen.

Für mich ist das Ziel, einen „Chancengleichen Zugang zur Bildung“ zu schaffen, nach wie vor eine der zentralen sozialdemokratischen Herausforderungen. Ohne seine Verwirklichung wird es niemals Chancengleichheit geben. Und auch wenn Chancengleichheit immer eine Fiktion sein wird, entscheidet über die Zukunft jedes Kindes ganz maßgeblich der Bildungsabschluss.

Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Was das bedeutet, erleben wir in diesen Tagen bei der BAFöG-Debatte. Wenn es nach der CDU geht, dann werden in Zukunft noch weniger junge Leute aus einfachen Verhältnissen und aus der Mittelschicht die Chance haben, ein Hochschulstudium zu beginnen. Das bedeutet nicht nur, jungen Menschen Zukunftschancen zu verbauen. Es bedeutet auch, dass unsere Gesellschaft die Kreativität und die Fähigkeiten dieser Menschen nicht produktiv nutzen kann. Das können wir uns nicht leisten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dürfen nicht zulassen, dass der Zugang zu Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir wollen Leistung fördern, nicht Herkunft.

Chancengleicher Zugang zur Bildung entsteht nicht dadurch, dass jedes Kind eine Schule besuchen darf, sondern

- durch optimale Förderung,
- durch das frühzeitige Erkennen von Entwicklungsdefiziten, am besten bereits im Kindergartenzeitraum, um ihnen entgegenzuwirken,
- durch eine Politik, die den veränderten Familienstrukturen gerecht wird und andere Betreuungszeiten in Kindertagesstätten oder z. B. durch Ganztagschule, ermöglicht,
- durch erfolgreiche Integration und frühzeitige Sprachförderung, die Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch ist.

Häufig erreichen wir gerade die Kinder, die eine Unterstützung am nötigsten hätten nicht, bzw. die Eltern dieser Kinder nehmen die vorhandenen Fördermöglichkeiten nicht wahr, weil sie sie nicht kennen, oder kein Deutsch können, oder weil sie Angst haben, ihre Kinder in fremde Hände in einem ihnen unbekanntem Kulturkreis zu geben.

Und auch hier in diesem Bereich werden wir gemeinsam, Städte und Gemeinden und Region an Konzepten arbeiten müssen, die im Ergebnis dazu dienen, Benachteiligungen abzubauen und den Begriff Chancengleichheit inhaltlich zu füllen. Wir müssen die in den Kindern schlummernden Potentiale zum Vorschein bringen.

Gerade weil wir in den nächsten Jahrzehnten immer weniger Menschen in Deutschland sein werden, ist es zwingend notwendig, jedes Kind bestmöglich zu fördern, damit sich seine Ausbildungs- und Berufschancen verbessern. Die Region wird hier immer eine Ausgleichsfunktion haben, um sicherzustellen, dass die sehr unterschiedlichen Finanzbelastungen der einzelnen Kommunen, nicht zu völlig unterschiedlichen Lebensbedingungen führen.

Dass die Verbesserung der Betreuungszeiten für kleine Kinder auch eine der zwingenden Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, will ich, obwohl ich unterstelle, dass dies für jeden hier im Raum bekannt ist, trotzdem erwähnen. Es gibt aber gerade für die Region als Arbeitgeber zahlreiche Möglichkeiten, familienfreundlich zu sein. Das fängt bei Teilzeitangeboten auch für attraktive Stellen an, geht über flexible Arbeitszeiten weiter und endet auch noch nicht bei der Möglichkeit, die Aufgaben überwiegend oder teilweise zuhause zu erledigen.

Wir müssen auch sicherstellen, dass jüngere Schulkinder in den Ferien eine Betreuung finden.

Ein kleines Beispiel aus Laatzen. Wir bieten inzwischen in den Schulferien ein Betreuungsangebot mit Mittagessen an, da es berufstätigen Eltern natürlich nicht immer möglich ist, während der Schulferien Urlaub zu nehmen. Dieses Angebot, bei dem ein geringer Beitrag für das Essen entrichtet werden muss, ist gerade für Alleinerziehende eine große Hilfe.

Natürlich brauchen wir möglichst viele und gut ausgestattete Ganztagschulen in unserer Region.

Da das Land Niedersachsen bei dem Modell der „de facto Ganztagschulen“ die Schulen zwingt, ohne zusätzliche finanzielle Mittel klar zu kommen, müssen wir im Interesse des Angebots auch hier neue Lösungswege gehen. Unsere Jugendpflege bietet jetzt z.B. Töpferkurse an, die sowohl als AG Angebot der Ganztagsgrundschule belegt werden können, als auch anderen Jugendlichen zugänglich sind. Es nutzt beiden Seiten, weil sich auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendpflege deutlich verbessert.

Bessere Zusammenarbeit brauchen wir im Interesse der Sache, nicht nur zwischen den Schulen und den Kommunen, sondern auch mit den Stellen der Region, die in den Jugendbereichen beschäftigt sind.

Bessere Kooperation und Teamwork sind Teile der notwendigen Verwaltungsmodernisierung, die es in der Region geben muss.

### **Fünftens:**

Es liegt mir daran, **grundsätzlich meine Haltung** zu dem Thema „**Welche Aufgabe hat Kommune und wie soll sie sie erfüllen?**“ darzulegen und dabei ist es ganz gleich, ob es um die Frage von **Sparkassen, Krankenhäusern, Abfallbeseitigung oder ÖPNV** geht.

Und ich kann sogar im gleichen Atemzug auch noch das Thema Verkleinerung von Räten oder Regionsversammlungen sowie Parlamenten nennen, weil es sich um das gleiche gesellschaftspolitische Muster handelt, mit dem wir konfrontiert werden.

Es geht bei all diesen Themen um die Frage,

- wie viel gesellschaftliche Teilhabe ist noch erlaubt?
- bzw. **welchen Gestaltungsspielraum** haben **demokratisch legitimierte Selbstverwaltungsorgane** und **wo entscheiden Profitmaximierungsinteressen** ohne **Rücksicht auf die Auswirkungen für die Menschen?**

Die Grundhaltung der Global Player wird am Beispiel der Deutschen Bank aus dem Februar deutlich. Trotz hervorragender Gewinnprognosen wird ein weiterer Stellenabbau angekündigt. Nach den artikulierten Protesten einiger Bundespolitiker kommt die niederschmetternde Erkenntnis, leider können wir dagegen nichts machen.

Dieses Einzelbeispiel zeigt die Unternehmenskultur einer Großbank auf, wäre aber verkraftbar, wenn nicht zeitgleich aktiv und mit allen Mitteln an der Schwächung des öffentlich-rechtlichen Bankwesens gearbeitet würde.

Der Wegfall der Gewährträgerhaftung und jetzt der massive Versuch der deutschen Großbanken, Druck auszuüben, um sich die Sparkassen einzuverleiben, sind Angriffe, die, wenn sie erfolgreich sein sollten, regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig verändern werden.

Mit Basel II und variablen Refinanzierungskosten, die durch Analysten-Einschätzungen festgelegt werden, haben wir bereits ein Stück politischer Gestaltungsfreiheit verloren.

Bisher haben unsere Sparkassen sichergestellt, dass regional notwendige Finanzbedarfe für wirtschaftliche vernünftige Entwicklungen bereitgestellt werden konnten. Das hat auch ganz überwiegend gut funktioniert.

Zumindest nicht schlechter als das private Bankenwesen.

Zukünftig werden unsere Banken nach dem Urteil von zum Teil fragwürdigen Analysten-Methoden eingeschätzt. Die Frage, ob Finanzmittel zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region bereitstehen, wird ausschließlich nach ökonomischen Kriterien entschieden.

**Deshalb brauchen wir starke Sparkassen als Partner für die regionale Wirtschaft. Sie müssen wettbewerbsfähig sein, um die Angriffe der privaten Geldwirtschaft abzuwehren.** Die Entwicklungsfähigkeit unserer Region soll nicht zum Spielball in einem reality monopoly der Großbanken werden.

Das Muster, dass privates Kapital nach den Errungenschaften von kommunaler Daseinsvorsorge greift, lässt sich auf nahezu alle Bereiche übertragen, wo wir kommunal erfolgreich gearbeitet haben.

**Es gilt auch für das Gesundheitswesen.** In den Bereichen, wo man Geld verdienen kann, halten private Kliniken Dienstleistungen vor., Natürlich kann man in Hannover durchaus ein breites Angebot auch in privaten Kliniken vorhalten. Ich frage mich aber, warum gibt es die Privatkrankenhäuser nicht in Springe, Großburgwedel, Neustadt, Lehrte oder Gehrden.

Die Antwort ist einfach, der Markt ist zu klein, bzw. es lässt sich kein Geschäft machen, wenn man alle medizinisch sinnvollen und notwendigen Angebote vorhält. Ein privater Medizinkonzern wird daher ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien entscheiden, was seine Klinik anbietet. Das darf es aus meiner Sicht nicht geben.

Deshalb ist es mein Ziel, die politische Steuerungsfähigkeit nicht aus der Hand zu geben. Weil sich die Angebote nicht ausschließlich nur nach ökonomischen Kriterien richten dürfen, sondern nach den Notwendigkeiten einer vernünftigen Gesundheitsvorsorge richten müssen.

Um dies dauerhaft aufrecht zu erhalten, müssen wir unsere Gesundheitsvorsorgeleistungen/Kliniken effizient organisieren. Wir werden auf lange Sicht sicher stellen müssen, dass wir bei vergleichbaren Angeboten nicht teurer sind als private Wettbewerber und dafür werden wir auch einiges verändern müssen.

Ich kann mir Kooperationen und andere Formen der Zusammenarbeit sehr gut vorstellen, ich habe auch kein Problem mit privatrechtlichen Formen, für den Fall, dass die Region Mehrheitsgesellschafter ist. Eine schlichte Privatisierung der Regionskliniken kann ich mir allerdings nicht vorstellen.

**Es gilt auch für den Bereich des ÖPNV**, dass eine politische **Steuerungsfähigkeit** notwendig ist, um sicherzustellen, dass eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch ohne eigenes Auto möglich ist.

Das ist nicht nur aus **sozialpolitischer Sicht** notwendig, sondern auch **ökologisch zwingend** geboten. Wer meint, auf lange Sicht allein als Besteller von Dienstleistungen preiswerter zu fahren, könnte, wenn die kommunal vorgehaltenen Infrastrukturbetriebe einmal aus der Hand gegeben sind, eine unangenehme Überraschung erleben, wenn alternativlos die Preise des Marktes akzeptiert werden müssen. Wir werden allerdings auch hier zu wettbewerbvergleichbaren Preisen unsere eigenen Leistungen anbieten müssen.

Für mich die Quintessenz:

**Ich will politische Steuerungsfähigkeit erhalten und zwar nicht nur als Besteller von Dienstleistung von Privaten sondern auch dadurch, dass wir als effizient arbeitender und wettbewerbsfähiger Anbieter sicherstellen, dass keine Monopol oder Oligopolstrukturen entsteht.**

Ich möchte **sechstens** eine effiziente, nach politischen Zielvorgaben selbständig arbeitende Verwaltung aufbauen, in der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Dienstleister und Partner für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Vereine, Verbände und Kommunen fühlen.

Effizient arbeiten und wettbewerbsfähig sein, meine ich ernst und das heißt, dass wir die bestehenden Strukturen verändern müssen. Wir können uns nicht leisten, in scheinbar alt Bewährtem zu verharren. Weder in der Verwaltung, noch in unseren Beteiligungen.

**Es wird eine der großen und wichtigen Aufgaben sein, die Regionsverwaltung umzustrukturieren.**

Nur dort, wo sie **unmittelbare Zuständigkeiten** für Bürgerinnen und Bürger hat, brauchen wir die **Leistungsverwaltungsstruktur**. In allen anderen Bereichen müssen wir Strukturen **einer Steuerungsverwaltung** aufbauen. **Verwaltungsreform** ist auch ein wichtiger **Baustein**, um der **massiven Unterfinanzierung** kommunaler Haushalte entgegenzutreten. Natürlich reicht Verwaltungsreform allein nicht aus, die Finanzen zu sanieren, dafür bedarf es einer kommunalen Finanzreform auf Bundesebene.

**Mit einem konsequent betriebenen Umbau der Regionsverwaltung kann es aber gelingen, den Anstieg der Neuverschuldung zu bremsen und andererseits bessere Arbeitsergebnisse bei höherer Arbeitszufriedenheit zu erzielen.**

Die Veränderungen sind „**bottom up**“, also **gemeinsam** mit **den Bediensteten** zu erarbeiten und dann **konsequent und zeitnah** umzusetzen.

Als Chef einer Verwaltung und Verwaltungsjurist weiß ich,:

- wie man Veränderungen herbeiführt
- was man tun muss, damit aus einer Idee Wirklichkeit wird,
- wie man Menschen zusammenbringt, um gemeinsam etwas zu bewegen,
- dass gerade wegen der knappen Kassen Fantasie und Einfallsreichtum gefragt sind, um erfolgreich zu sein.

Um es etwas plastischer zu machen: moderne Verwaltung heißt für mich z.B.

- Samstags das Bürgerbüro zu öffnen und dort auch alle möglichen Dienstleistungen anzubieten, (z.B. auch KFZ Auslandskennzeichen),
- Die Bürgerinnen und Bürger daran zu erinnern, wenn ihre Ausweispapiere ablaufen,
- Ausweis- und Passerstellungen elektronisch zu verarbeiten und damit innerhalb von wenigen Tagen den Bürgern helfen zu können,
- Verpflichtende Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche, in denen sich beide Seiten austauschen über die Erfüllung von Anforderungen und Erwartungen,
- Befragungen zur Beurteilung der Arbeitssituation und der Vorgesetzten, die im eigenen Team anfangen, und über die Vorgesetzten bis zur Beurteilung des Bürgermeister reichen. Die gewonnen Ergebnisse werden da, wo es sinnvoll ist, dann mit einer externen Moderation innerhalb des Team aufgearbeitet, um Veränderungen herbeizuführen,

- Rotation für jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit sie unterschiedliche Bereiche kennen lernen, auch wenn es so schön für den Vorgesetzten ist, dass sich gerade jemand eingearbeitet hat,
- Eine umfassende Kosten- und Leistungsrechnung, die Voraussetzung dafür ist, der Politik Folgekosten und oder Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen,
- Projektarbeit nach einem vereinbarten Leitfaden, der gute Lösungen für Fragestellungen sicherstellt, die komplex und oder neu sind,
- Moderne Verwaltung heißt auch, die Einführung von Jahresarbeitszeitkonten und die Abschaffung von Kernarbeitszeiten, mit dem Effekt, dass die Arbeit dann erledigt wird, wenn sie anfällt, weil jeder weiß, dass er sein Arbeitszeitkonto in ruhigeren Phasen bis zu 14 Tagen am Stück ausgleichen kann.

Dieses waren nur ein paar Beispiele, wie wir heute in der Stadtverwaltung Laatzen arbeiten. Ich habe sie hier nicht genannt, weil ich sie eins zu eins bei der Region umsetzen will, sondern um klar zu machen, dass ich nicht nur über Veränderungen reden, sondern sie herbeiführen werde.

### **Siebtens:**

Zu dem, was sich ändern muss, gehört auch, dass wir **die Zusammenarbeit zwischen der Region und den Kommunen verbessern müssen**. Weniger Kontrolle und Aufsicht, mehr Kooperation und Teamwork, bessere Abstimmung der Inhalte sind die Schlagworte.

### **Achtens:**

**Ich möchte, dass ein regionales Wir-Gefühl entsteht, ohne dass die örtlichen Wurzeln beschädigt werden.**

Seit der Bildung der Region wächst kulturell und politisch langsam aber stetig die Wahrnehmung der „anderen“ in der Region. Dieser Prozess muss fortgesetzt werden. Der Bereich Kultur- und Freizeit- und Naherholungsangebote in der Region spielt hierfür eine wichtige Rolle. Es geht nicht darum, dass die Region sich in die Kulturangebote der Städte und Gemeinden einmischt, es geht darum, dass die Region die Vielfalt der Angebote aufzeigt und sicherstellt, dass diese Vielfalt auch wahrgenommen wird.

Wir sind attraktiv, es wissen nur zu wenige.

## Neuntens:

Ich sehe meine Aufgabe als die eines Lotsen. Der Lotse verfügt über Erfahrung als Kapitän, kennt das Revier, übernimmt die Verantwortung für den Weg, hat aber auch die Mittel, den Kurs durchzusetzen. Er hilft vielen verschiedenen Schiffen, Riffs zu umfahren und das gewünschte Ziel zu erreichen. Das klappt, wenn er gemeinsam mit dem Team auf jedem Schiff arbeitet und im Auge behält, welche Schiffe sonst noch so unterwegs sind, um Kollisionskurse zu vermeiden. Er braucht ein gutes Team und gute Absprachen, damit alle vorwärtskommen und ihr jeweiliges Ziel erreichen.

Mein Ziel und ich denke auch euer Ziel, ist eine

- **zukunftsorientierte,**
- **nachhaltige**
- **attraktive,**
- **wettbewerbsfähige,**
- **soziale**
- **und familienfreundliche Region.**

Daran möchte ich gemeinsam mit euch arbeiten und deshalb bitte ich um euer Vertrauen und eure Unterstützung.